



**CVP** Kanton Zürich

Direktion der Justiz und des Innern  
des Kantons Zürich  
Vernehmlassungen  
Neumühlequai 10  
Postfach  
8090 Zürich

8002 Zürich, 28. Oktober 2009

## **Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderung des ZGB (Erwachsenenschutz und Kindesrecht), Vernehmlassungsverfahren zum Konzeptentwurf**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und möchten Ihnen als Antwort folgende Bemerkungen zukommen lassen:

Die CVP hat von den vorgesehenen Änderungen Kenntnis genommen. Wir sind mit der Stossrichtung generell **nicht** einverstanden.

Wir plädieren dafür, das bisherige System mit kommunalen / interkommunalen Strukturen möglichst exakt zu übernehmen, dies aus folgenden Gründen:

- eine Kantonalisierung ist auf diesem Gebiet, welches sich sehr nahe am Menschen beschäftigt, nicht adäquat
- sie dient insbesondere nicht dem Kindeswohl
- die Professionalisierung muss auf das Minimum beschränkt werden
- wir sehen Mehrkosten auf uns zukommen

Zu den Fragen:

- |   |                     |
|---|---------------------|
| 1. kantonale Trägerschaft der KESB / einstufiger Rechtsmittelzug: | nicht einverstanden |
| 2. KESB beim Bezirksrat, Statthalter hat Vorsitz:                 | nicht einverstanden |
| 3. Aufteilung der ungedeckten Kosten Kanton 60 / Gemeinde 40 %:   | einverstanden       |

- |                                    |                     |
|------------------------------------|---------------------|
| 4. kantonales Behördenmodell:      | nicht einverstanden |
| 5. interkommunales Behördenmodell: | einverstanden       |
| 6. Bemerkungen:                    | keine               |

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vorschläge.

Mit freundlichem Gruss

CVP Kanton Zürich



Julia Hirzel, Geschäftsführerin  
Im Auftrag von Patrick Hächler, Kantonsrat, Mitglied STGK